

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 219

Nr. 26a

Bezugspreis: monatlich 2,30, vierteljährlich 6,75, halbjährlich 12,00, jährlich 23,00. Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Abdruck von Zeitungsartikeln ohne Genehmigung des Verlegers ist untersagt.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: 5 Pfennig pro Zeile für die erste Zeile, 4 Pfennig für die zweite, dritte, vierte, fünfte, sechste, siebte, achte, neunte, zehnte, elfte, zwölfte, dreizehnte, vierzehnte, fünfzehnte, sechzehnte, siebzehnte, achtzehnte, neunzehnte, zwanzigste, ein- und zweiwöchentliche Anzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postfachkonto Leipzig 20.512.

Sonntag, 31. Januar 1926

Geschäftsstelle Berlin, Bernauer Str. 50. Fernruf Am Karfunkel 21. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlan n. Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Köln von den Engländern frei

Die letzten Feierlichkeiten * Begeisterung in Köln

(Eigener Drahtbericht)

Bln, den 30. Januar.

Heute nachmittag 3 Uhr ist, wie versprochen, die englische Flagge auf dem „Gerechter“, dem bisherigen Hauptquartier der Besatzung niedergelassen worden. Schon lange vor Beginn der Zeremonie versammelten sich am Domplatz eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Der Platz, ebenso wie der Bahnhof, wurden von der Polizei zu 2 Uhr besetzt. Um 2 Uhr 45 Minuten marschierte die erste Kompanie des zweiten Bataillons des Kings Shropshire Light Infantry-Regiments mit klingendem Spiel auf dem Platz vor dem Dom auf. Eine kurze Parade, minutenlanges Stillstehen, dann gab der kommandierende Offizier, Oberst Zaar, das Zeichen zum Weitermarschieren. Die Militärkapelle spielte die englische Nationalhymne, während die Menge der Zuschauer im Durcheinander ausbrach. In Stärke von 500 Mann zog darauf her die letzte Meile der Besatzung zum Bahnhof, von wo sofort der Abtransport erfolgte. Die Polizei hatte die größte Mühe, die stürmisch drängende Menge so lange zurückzuhalten, bis der letzte englische Soldat im Bahnhof verschwunden war.

Köln ist nunmehr nach mehr als siebenjähriger Besatzung — am 5. Dezember 1918 gegen die fremden Truppen in Köln ein — gang von Truppen frei. Nur ein einziger Soldat mußte zurückbleiben, der im Krankenhaus liegt und nicht transportfähig ist. Auch irgendwelche Abwicklungskommandos sind nicht zurückgelassen. Bureaus ist man bei den besetzten Stellen eifrig mit den Vorbereitungen für die in der Nacht vom Sonntag zum Montag stattfindende Befreiungsfeier beschäftigt. Im Mittelpunkt der Feier wird die Befreiungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Heenaner stehen.

Die Räumung Düsseldorf

Düsseldorf, 30. Januar.

Heute vormittag verabschiedete sich der belgische Oberbefehlshaber bei dem Beigeordneten Knapp in Düsseldorf-Oberkassel und überließ einen Brief des belgischen Kommandierenden Generals an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, in dem mitgeteilt wird, daß die Räumung am 31. Januar um Mitternacht als beendet zu betrachten ist. Nur noch einige kleine Kommandos werden zur Abwicklung der Liegenschaften an den belgischen Behörden zurückgelassen. Heute mittag trafen etwa drei Hundertschaften Schupo auf dem Hauptbahnhof ein, die vorläufig in Düsseldorf verbleiben sollen, in der nächsten Zeit aber im breiten Gebiet verteilt werden.

Frankreich boht

Berlin, 30. Januar.

Der kommandierende General der 47. französischen Infanteriedivision in Köln, dem Regierungspräsidenten in Köln mitteilen lassen, daß die von der Grenzlinie der ersten und zweiten Zone durchgehenden Gemeinden nach dem 31. Januar vorläufig auch weiterhin als in vollem Umfang besetzt zu gelten haben, bis die Ratifizierung der Grenzlinie endgültig festgelegt habe.

Ein mehrstündiger Streik der Eisenbahner?

Eine Warnung der Eisenbahndirektion

Berlin, 30. Januar.

Die großen deutschen Eisenbahnerverbände, die heute zu einer Tagung in Berlin zusammengetreten waren, beschließen, in der kommenden Woche einen Demonstrationstreik durchzuführen, der voraussichtlich mehrere Stunden dauern wird. Alle auf der Strecke befindlichen Züge sollen während dieser Zeit stillstehen, während die Arbeiter in allen Werkstätten, Büros, Güterschuppen usw. zuhause werden. Der Streik wurde als Protest gegen die Faltung des Verwaltungsvertrages der Reichsbahngesellschaft beschlossen, der bekanntlich die Durchführung des für verbindlich erklärten Schiedsprüdes für die Eisenbahner abgelehnt hat.

Da der Eisenbahndirektion hiervon keinerlei Mitteilung ausgegangen war, hat sie sich an die Gewerkschaft gewandt, wo ihr mitgeteilt wurde, daß seitens der Gewerkschaft keine Bearbeitung des Beschlusses erfolgt wurde, und keine beratende Mitteilung an die Reichsbahngesellschaft erfolgt sei. Da dieses Gerücht aber in der Öffentlichkeit gelangt ist, wird die Eisenbahndirektion eine Warnung an die Arbeiter erlassen lassen, sich nicht etwa irrtümlicherweise an einer beratenden Demonstration zu beteiligen, da der Streik durch eine solche Maßnahme hinfällig werden und hierdurch großer Schaden entstehen könnte.

Der vom Reichsbahndirektorium für verbindlich erklärte Schiedsprüch vom 20. Dezember 1925 legt der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Beurlaubung von etwa 20 Millionen Mark auf. Dieser Betrag mag bei dem Milliardenwert der Reichsbahn gering erscheinen. Es ist aber zu bedenken, daß eine Zurückführung zur Bedeckung dieser Beurlaubung nicht ausgeführt wurde und daß von den Betriebsleitenden der Reichsbahn nicht gebüht werden kann. Das ist die Situation, in der sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft gegenüber der Reichsbahndirektion befindet.

Rücktritt Rasovits

Paris, 30. Januar.

Schließlich wird mitgeteilt, daß der Präsident der Sozialistischen Kommission Rasovits, dessen Mandat abgelaufen ist, zurücktreten wird. Die Nennernennung wird demnächst durch den Ministerpräsidenten erfolgen.

Neue deutschfeindliche Kundgebung in Genua

Rom, 30. Januar.

(Eigener Drahtbericht) In Genua versuchten heute demonstrierende Studenten in das deutsche Konsulat einzubringen. Die Demonstrationen wurden durch Militär zurückgetrieben.

Das Ende des Rätselkatzens: Amerika nimmt teil

Genf, 30. Januar.

(Eigener Drahtbericht) Das Sekretariat des Bitternhanbes veröffentlicht heute ein Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, der die Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Arbeiten der vorbereitenden Kommission für die Vorkriegsrestoren in Genf anzeigt.

Die Deutsche Reichsbahn ist der Ansicht, daß es sich um den Streik, die ihr durch das Reichsbahngesetz auferlegt sind, auf die Dauer nicht berechnen läßt, daß ihr von Gegnern, die außerhalb der Verwaltung stehen, auf der einen Seite Kosten auferlegt werden, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit vorliegt, diese Kosten abzugeben. Es kommt weiter hinzu, daß das Reichsbahngesetz der Gesellschaft hinsichtlich der Regelung der Beschäftigungsbedingungen und Löhne der Arbeiter eine Sonderstellung eingeräumt hat, die die Gesellschaft ermächtigt, von sich aus durch die Befolgung der Lohnverhältnisse der Arbeiter zu regeln. Die letzte Lohnbewegung mit ihrer Verbindlichkeitsklärung führt somit zu einer Streitfrage aus Grund des Reichsbahngesetzes. Im Interesse der Allgemeinheit, aber auch der Arbeiter selbst, wird nunmehr die Reichsbahn diese Streitfrage ein für allemal zu klären.

Schließlich hat die Reichsbahndirektion ein Interesse daran, notwendige Klarheit über ihre Rechtsstellung zur Gesellschaft zu gewinnen. Wie zur Aufhebung des Reichsbahngesetzes natürlich die Durchführung des Schiedsprüdes ausgeführt werden, und selbstverständlich auch in dem Punkte, der sich auf den Gehalt der Sozialleistungen bei Entlassung von Arbeitern bezieht. Im oder die Arbeiter dort, wo die Gesellschaft von vornherein zur strikten Befolgung bereit war, nicht unter Vergütung durch den Reichsbahngesetz leiden zu lassen, soll dieser Ausgleich durch die Disziplinorgane alsbald vorgenommen werden.

Man hofft auf eine Einigung

Berlin, 30. Januar.

(Eigener Drahtbericht)

Das Reichsarbeitsministerium hat die Gewerkschaftsorganisationen zum kommenden Mittwoch zu einer Verhandlung eingeladen, in deren Verlauf es wohl gelingen dürfte, die Gewerkschaften zu veranlassen, den genannten Demonstrationstreik aufzugeben. Die Hausverhandlungen der Eisenbahngewerkschaften werden sich schon in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die Reform des Reichstagswahlrechts

Berlin, 30. Januar.

Wie wir erfahren, stehen im Reichsministerium des Innern die Vorbereitungen zu einer Wahlrechtsreform vor dem Abschluß, der als Ziel die Einführung der Verhältniswahl im Reich und die Einführung der Verhältniswahl im Reich, die die Aufhebung der Sperrparagrafen und die Erzielung möglichst harter Mehrheitsverhältnisse anstrebt. An dem Grundgedanken der Verhältniswahl wird festgehalten werden. Dagegen soll eine andere zweifelhafte Forderung der Reform nicht erfolgen. Die bisherige großen Wahlkreise sollen durch kleinere, hauptsächlich im ganzen 166 Wahlkreise, ersetzt werden. Danach würde auf 70.000 Stimmen ein Reichstagsabgeordneter kommen, so daß im ganzen mit etwa 390 Reichstagsabgeordneten zu rechnen wäre. Der jetzige Reichstag zählt 493, wahrscheinlich wird das Wahlrecht dem 20. auf 21. März herangezogen werden. Die Wahlvorschriften sollen möglichst bald dem Reichstag vorgelegt werden.

Fortgang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 30. Januar.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die durch die Entlassung des Reichsdeputierten Delegation eine zweifelhafte Unterbrechung erfahren hatten, sind jetzt wieder aufgenommen worden. Im Vordergrund der Verhandlungen steht zurzeit die Abklärung des Wertpapiergesetzes. Bei der Erhebung der französischen Zölle um 30 Prozent wurde von französischer Seite erklärt, daß diese Maßnahme lediglich aus fiskalischen Gründen beschlossen ist. Es wird erklärt, daß die bisher üblichen Ausschreibungen bereits zu einer Zeit in Kraft waren, wo das Pfund Sterling 50 Franken betrug, während jetzt 131 Franken bezahlt werden. Die Abgrenzung der Zölle betrage also nur eine Aufhebung um ein Drittel an der Goldwährung. Von deutscher Seite wurde auf der in Aussicht genommenen Erhöhung der französischen Zölle erklärt, daß dies eine gewisse Umwertung der Reichsmark für den Wirtschaftler bedeute. Eine Aufhebung soll durch Abklärung von den Ministern erzielt werden.

Neue Keilerei im Ausschuss des Thüringer Landtages

Weimar, 30. Januar.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses kam es wieder zu einer heftigeren, tätlichen Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Nationalen. Von dem sozialistischen Abgeordneten Dr. Kieß war in der gestrigen Sitzung in einem Vortrag auf das gegen den Thüringer Ministerpräsidenten Reichsbahndirektion in der Reichsbahn Form Bezug genommen worden, worauf der Reichsbahndirektion die Zurücknahme verlangte. Als Kieß sich heute weitererte, eine entscheidende Erklärung abzugeben, erhielt er von Stiller einen Faustschlag ins Gesicht.

Schließung des Staatlichen Lehrerseminars zu Osterwerda

Naß-Grüniger Weiden, Berlin, 30. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung) Das Staatliche Lehrerseminar zu Osterwerda (Provinz Sachsen) wird Ende März dieses Jahres nach Gröniger Weiden seine Pforten schließen. Am Anfang an die letzte Entlassungsprüfung wird am 8. März eine Abschiedsfeier stattfinden, an der die ehemalige Lehrer und Schüler der Anstalt aus dem Reichsgebiet erwartet werden. In den Räumen des Seminars ist bereits eine öffentliche Oberrealschule (Aufbauschule im Ostthüringen) untergebracht.

Die Verwüstungen durch Hochwasser und Eis

Essen, 30. Januar.

Nachdem Eis und Schnee verschwunden sind, lassen sich jetzt die Verwüstungen erkennen, die das Hochwasser angerichtet hat. Im Kreis Cleve haben fast alle Ortsgassen in mehreren Schichten gelitten. Neben der Verwüstung der Häuser und Gebäude ist auch die Verwüstung der Gärten und Felder zu sehen. Die Verwüstungen sind in einzelnen Fällen sehr groß. Die Verwüstungen sind in einzelnen Fällen sehr groß. Die Verwüstungen sind in einzelnen Fällen sehr groß.



nski, ausdruckes zur hsenfcheldes

Der Haushalt 1926 im Landtage

Berlin, 30. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Preussischen Landtag wurde heute die allgemeine Aussprache zum Haushaltsplan 1926 fortgesetzt.

Herr von Helldorf (Dnt.) wies die sozialdemokratischen Angriffe gegen die Verhältnisse auf dem Lande, die auch keine Besserung bringen werden, zurück. In dem gewaltigen Meer der Bevölkerung und Wertgegenstände befinden sich noch sehr viele, die arbeiten könnten. Man dürfe nicht, die arbeiten wollen, zum Scheitern bringen. Das Wesentlichste der Arbeitslosigkeit könne man nicht beseitigen durch Unterfraktionen. Beseitigt werden müsse, ob man eine Handelsvertragspolitik weiterziehen sollte, die mit einem großen Debet abgeheilt habe. Dafür solle man die Aufmerksamkeit mehr auf den Landmarkt richten. Die sozialistischen Forderungen hätten verjagt. Als der Redner betonte, daß das Gehalt der Schwachen zur Zeit der Parteien besser sei, schloß er, kommt es zu unbearbeiteten Unterfraktionen links. Der Redner fährt fort: Denken Sie an die Wäffler heute und erinnern Sie sich andererseits des historischen Gehaltens unter den Linden. Wasgen Sie es (nach links), diese Erinnerungen heraufzuholen, so werden Sie uns auf dem Lande finden. Diese Ausführungen erweckten lebhaften Beifall rechts und anhaltende stürmische Gegenüberungen und Reden links.

Finanzminister Dr. Helldorf erklärte gegenüber einer Beratung des Abg. Helldorf parlamentarische System dürfe nicht von der Wirtschaft der Parteien getrennt werden. Die wichtigsten Personalangelegenheiten seien durchaus zwangsläufig. Wenn der letzte preussische König durch ein verantwortungsbewusstes Parlament gebunden gewesen wäre, so wäre dem deutschen Volk unendlich Erleichterung gebracht worden.

Herr Schöner (Hann.) wünscht die Diktatur des Profektors.

Herr Nibel (Dnt.) erklärt, man dürfe bei einem Vergleich der Ausgaben von heute mit denen vor dem Kriege nicht übersehen, daß der Staat jetzt ganz andere Ausgaben als damals beizubringen hätte. An der schweren wirtschaftlichen Not trage besonders die verlorene Hauptstadt neben anderen Ursachen ein gut Teil Schuld. Ganz anders sei die Situation heute. Die Ausgaben seien nicht mehr in dem gleichen Maße auszuführen.

Herr Weilmann (Soz.) betont, ein Waffenbündnis mit England müsse von Deutschland abgelehnt werden. Wir brauchen Verteidigung und möglichst hohe Friedensversicherung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wenn die Arbeitslosigkeit immer weiter wachse und die Straße sich weiter verfinstere, dann werde keine bessere bürgerlich-sozialistische Gesellschaft zusammenzufinden und die Wäffler werden die Kommunisten sein. In der Sozialpolitik-Verordnung müsse das Volk eingeschlossen, nachdem es keine preussischen Finanzminister gefunden sei, eine auch von den Sozialdemokraten erwünschte großzügige Erleichterung herbeizuführen.

Herr Arndt-Hesse (M. B.) stellt weitere Verlangungen für die Wirtschaft voran, wenn das Gehalt der Repräsentanten für den Staat nicht mehr einkommen.

Die allgemeine Aussprache schließt damit und wird dem Haushaltsauschuss überwiesen.

Nächste Sitzung Montag Mittag 12 Uhr: Straußauschuss und Entwurf des Haushaltsübersichts.

Der italienische Finanzminister bei Briand

Paris, 30. Januar.

Der italienische Finanzminister Graf Solmi wurde heute von Briand empfangen. Wie die französische Presse meldet, bezog sich die Unterredung in der Hauptsache auf die Frage der italienischen Schulden an Frankreich. Die Blätter weisen darauf hin, daß diese Schulden sich nach dem Bericht des früheren französischen Finanzministers Clement am 30. Juni 1924 auf 350 273 000 Franken belaufen. In einem längeren Interview, das Graf Solmi dem Vertreter des „Temps“ gewährte, erklärte Solmi, daß Italien bereit sei, die ihm zuzurechnende Teile aus den deutschen Reparationen zur Begleichung seiner Schulden zu verwenden.

326 Generale zur Disposition gestellt. Nach einer offiziellen Mitteilung sind in Mailand 326 Generale wegen Einsparungsmaßnahmen der Reorganisation zur Disposition gestellt worden.

Reisende Seelen

(Copyright 1926 by Hermann Paetel, Berlin-Neuflinkenburg.)

Blitzschnell durchfuhr es Dieter: Sagte er ihr die Wahrheit, daß er nur im Gefühl des Sieges nach Barmen ihres leuchtenden Blickes diesen leuchtend zurückgegeben habe, so hätte er dies himmlische Gefühl für immer verloren. Sein Lebensgefühl war unwiederbringlich dahin. Sie schien jenseits aus verschiedenen unvorstellbaren Bekehrungen Dornen gelöst zu haben, daß nur ihre Schönheit ihn in den zerkenden Liebestaumel verfiel hatte. Und bewachte er ihr ein Erkennen von innerer Harmonie war, so brauchte sich seine Ehe auf einer Höhe auf einem Karrenhaus neugierlich vor sein künftiges Leben, das der Windstöße eines Sündenbäumchens leicht umwerfen konnte. Und außerdem handeln — lügen — das tat ein Cronan nicht!

Aber da schaute er tief in ihre wie liegend auf ihm gerichteten Augen. Ein Mittelstiefel müßte sich mit seiner Leidenschaft und tief sagte er:

„Ich glaube, dein Inneres wie ein aufgeschlagenes Buch vor mir zu sehen — ein bisher unbeschriebenes Blatt. Darauf stand mit feurigem Griffel eingegraben das Wort: Dieter! Und ich fühlte, wie seine, unsterbliche Fäden sich von mir zu dir hinüberzogen.“

Da jubelte sie auf, umschlang mit ihren schlanken Armen seine schmale Gestalt und presste sie gärtlich an sich.

Sie gestrichelt huldete über den Abhang die Droschke, die die Bedienten ebenfalls zum Mailänder Dom und zurück befördern sollte. In 30 Minuten! Denn 12.45 Uhr ging der Zugzug zum Genna.

Erstiger klopperten die Räder der halpernden Hengste, ab und an sanfte die Peitsche des Kutschers unbarmerzig um ihre Ohren.

Ein buntes Straßenschild gibt halslosehoppartig an dem jungen Ehepaar vorüber.

Jetzt bog das Gefährt mit klünder Wendung um die Ecke der langgestreckten Straße auf die Piazza della Scala, die Säulen der Galleria Vittorio Emanuele wurden sichtbar, dann der von Prachtpalästen umsetzte Dampfplatz und auf ihm, umstutet von den

Kompromiß oder Volksentscheid?

Berlin, 30. Januar.

Die Sozialisten noch immer für Volksentscheid

(Eigener Sonderbericht.)

Der Reichsausschuss des Reichstages wird am Dienstag nachmittag die Frage der Parteienvereinbarung weiter behandeln. Zunächst wird das Zwerggesetz erörtert werden. Von dem Verlauf der Debatte hierüber hängt es ab, ob der Kompromißantrag der Mittelpartei noch in der Dienstagssitzung zur Erörterung gestellt werden wird. Dem Kompromiß haben sich vorläufig nur die Regierungsparteien angeschlossen. Die Sozialdemokraten hatten an ihrem Antrag auf Volksentscheid fest, ebenso die Kommunisten. Die Deutschnationalen haben zu diesem Antrag noch nicht Stellung genommen, ebenso die Wirtschaften.

Zum erstmaligen in der neuen Zeit wird das deutsche Volk, wenn es nach dem Willen der Sozialisten und Kommunisten geht, zu einem Volksentscheid an die Urnen gelangen. Die Weimarer Verfassung hat seinerzeit diesen Volksentscheid in ihr Gebäude mit eingearbeitet, um dem Gedanken der reinen Demokratie zu größerem Gewicht gegenüber dem Parlamentarismus zu verhelfen. Reichspräsident und Volksentscheid sind die beiden Säulen, die den ziemlich allmächtigen Parlamentarismus einengen können, und beide sind insofern organisch miteinander verbunden, als der Reichspräsident auch seinerseits die Möglichkeit hat, unter gewissen Voraussetzungen einen Volksentscheid in die Wege zu leiten.

Diesmal ist der Einfluß von einer anderen Seite ausgegangen. Die Parteien der Linken und die linksstehenden Gewerkschaften und Verbände haben sich zum Zeichen einer Bewegung gemacht, die zweifellos einen starken Widerhall in weiten Kreisen der linksgerichteten Öffentlichkeit findet. Das Verlangen bei dem Volksentscheid ist so, daß in diesem Falle zunächst ein Volksbegehren voranzugehen hat. Die Antragsteller müssen vorweg einen mit 6000 Unterschriften versehenen Antrag beim Reichspräsidenten einreichen. Wenn das Ministerium diesen Antrag für ordnungsgemäß befunden, kommt der Volksbegehren in Lauf. Im ihn wirksam und rechtskräftig zu gestalten, müssen ihn ein Zehntel der Wahlberechtigten der letzten allgemeinen Wahlen unterschreiben. Anderer Zehntel müssen die Unterschriften der Wahlberechtigten in Umlauf gesetzt werden und deren Unterschriften einer amtlichen Beglaubigung bedürfen. Nach den für die letzte Reichspräsidentenwahl maßgebenden Vorschriften kann man ohne weiteres annehmen, daß es den berechtigten Sozialdemokraten und Kommunisten leicht gelingen wird, die erforderliche Stimmenzahl von knapp 4 Millionen aufzubringen.

Wenn das der Fall ist, dann ist der Volksbegehren angenommen, und der Gesetzentwurf geht an den Reichstag. Der Gesetzentwurf hat die Veränderungen im Reichspräsidentenamt, weil ja durch eine unangenehme Annahme im Reichstag der Rücktritt der allgemeinen Volksentscheidung unzulässig wird. Geschieht das, dann ist die Vorlage Gesetz und muß verabschiedet werden. Leht der Reichstag sie dagegen ab oder nimmt er Veränderungen daran vor, dann muß das deutsche Volk die Entscheidung durch eine allg. W. f. u. g. abgeben. Die gleiche Sache ist es sich, wie bei dem sozialdemokratischen Antrag, auf Erteilung der vormals verwehrenden Fürstlichen Erlasse, um ein verfassungsbänderndes Gesetz, dann müssen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, also fast 20 Millionen, die für die Wahlberechtigung haben, sich für die Wahlberechtigung erklären. Die gleiche Sache ist es sich, wie bei dem sozialdemokratischen Antrag, auf Erteilung der vormals verwehrenden Fürstlichen Erlasse, um ein verfassungsbänderndes Gesetz, dann müssen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, also fast 20 Millionen, die für die Wahlberechtigung haben, sich für die Wahlberechtigung erklären.

Die gleiche Sache ist es sich, wie bei dem sozialdemokratischen Antrag, auf Erteilung der vormals verwehrenden Fürstlichen Erlasse, um ein verfassungsbänderndes Gesetz, dann müssen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, also fast 20 Millionen, die für die Wahlberechtigung haben, sich für die Wahlberechtigung erklären. Die gleiche Sache ist es sich, wie bei dem sozialdemokratischen Antrag, auf Erteilung der vormals verwehrenden Fürstlichen Erlasse, um ein verfassungsbänderndes Gesetz, dann müssen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, also fast 20 Millionen, die für die Wahlberechtigung haben, sich für die Wahlberechtigung erklären.

vorgelegte Gesetzentwurf nicht nur eine Verfassungsänderung; er legt sich vielmehr in Widerspruch mit den Grundgedanken der Verfassung überhaupt. Man mag über die Anwendung des Eigenbegriffes bei den in Frage stehenden Reichspräsidenten im einzelnen denken, wie man will. Wenn man aber durch den Volksentscheid eine Entregung vornehmen will, die doch logisch nur dann einen Sinn hat, wenn es Privatvermögen ist, das man enteignen will, dann setzt man sich damit in Widerspruch zu dem Artikel 133 der geltenden Reichsverfassung, der das Eigentum schützt und Enteignungen nur auf gesetzlicher Grundlage und zum allgemeinen Nutzen gestattet. Alle Anhaltungen sind für den Reichspräsidenten, daß die Verordnungen des Reichspräsidenten allein keinen Bestand haben, wenn sie nicht auf dem Eigentum der deutschen Bürger beruhen, ist als berechtigt anzuerkennen, dann gibt es überhaupt kein Privatvermögen mehr, sondern dann kann man mit Hilfe der Volkseigentumsverteilung auf Veranlassung auf den Artikel 133 jedem Menschen sein Recht und Gut nehmen. Das müßte allein schon den Reichspräsidenten, die auf eigener Ehre leben oder auch sonst im Leben etwas hinter sich gebracht haben und sei es auch noch so wenig. Wenn der Damm der bürgerlichen Rechtsordnung erst einmal an einer Stelle einreißt, ist dann gibt es kein Damm mehr, dann wird auch die auf gesetzlicher Grundlage beruhende Verfassung einreißer. Will man diesen nicht vor dem Privatvermögen anderer Staatsbürger schützen. Aus diesen Gründen kann es für alle, denen an einer ruhigen geordneten Entwicklung des deutschen Vaterlandes gelegen ist, im Falle des Volksentscheides nur die Parole geben, sich nicht an diesem sozialistischen Vergehen zu beteiligen.

Rückberufung ehemaliger russischer Offiziere in den Dienst

Moskau, 30. Januar.

Der Kommissar für das Kriegswesen, Woroschilow, hat einen Befehl erlassen, nachdem alle Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee unter 55 Jahren sich sofort registrieren lassen und wieder in den Dienst einziehen müssen. Außerdem werden verschiedene politische russische Seeleute nach Russland zurückverführt. Diese Maßnahmen werden mit dem Abschluß des Friedensvertrages in Zusammenhang gebracht. Die russischen Kommandierenden nicht fähig, die Flotte zu führen. Die Einleitung ausländischer Infrastruktur wurde vom Obersten Kriegsrat abgelehnt.

Ueberfall auf ein Munitionsdepot

Magdeburg, 30. Januar.

In der Nacht zum Sonntag wurde die Wache des Munitionsdepots am Heiderberg in Magdeburg überfallen. Der Wachtposten, der wenige Minuten vor der Abfertigung die letzte Runde ging, sah sich plötzlich einem Mann gegenüber, der mit einem Mittelmessers, anscheinend Model 98, bewaffnet war. Auf den Ruf des Postens sprang der Unbekannte zu, schuß und verwundete den Posten schwer. Der Soldat alarmierte die Depotwache, die eilte herbei und hatte nach Gelegenheit, eine Wunde von etwa 15-20 Mann, die im Laufschritt auf die Stätte des Ueberfalls zuweilen, abzuwehren und mit Waffen in der Hand zu verjagen.

Bei dem Feuergefecht, das sich nun entspann, wurden, wie verschiedene Aufschreie und später aufgekündete Schüsse, bewiesen, mehrere Mitglieder der Wache verwundet. Eine Abteilung der Depotwache, die telefonisch zur Hilfe herbeigerufen wurde und die Aufgabe hatte, der Wache den Rückzug zur Stadt abzuschnitten, mußte ergebnislos wieder abziehen, weil es der Wache gelang war, in der Richtung nach der Berliner Chaussee zu entkommen. Es wurde festgestellt, daß einzelne der Wache mit Gewehren und Karabinern, die anderen mit Revolvern bewaffnet waren.

Trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei ist es bisher nicht gelungen, eine Spur der Attentäter zu gewinnen. Alle Reichten deuten darauf hin, daß es sich um einen wohlüberlegten Angriff auf das Munitionsdepot handelt mit dem Ziel, die Munition zu verpacken. Bei der Entzerrung hörte man Rufe wie „Wir kommen wieder.“

Strahlen der Mittagsonne, der monumentale Spätgotische, im Grundbau massige, im Oberbau so wunderbar graziose Dom. Unübersehbar reichte sich Spitze an Spitze spitzengedockt weit hinein in den Retter.

„Das marmorene Stadelschwein!“ murmelte Dieter harmlos. Er jubelte zusammen und schaute ihn mit wehen Augen an. Dieter erschauerte und hätte sich am liebsten auf den Mund geschlagen. Er wollte sich, zu ergänzen: „So lagen sie bei uns im Käse.“

Zu einer Entgegung kam es nicht mehr. Eben hielt der Kutscher vor der gemauerten Pforte, schnell entstieg das Paar dem Gefährt und betrat das Innere.

Eine wohlwollende Kühle und weihnachtliche Dämmerung umfing das Paar. Darob an den zahllosen Särgen italienischer Nobilitäten, lenkten sie ihre Schritte zum Altar, bemüht, die vielen Betenden nicht in ihrer Anbacht zu stören.

Ein Abglanz des Ewigen, Unvergänglichem umstrahlten zahllose, unzerändert funkelnde Kerzen das Allerheiligste. Ergriffen stand Ell vor dem weichen, südländischen, einschmelzenden, anodig himmelnden Glanz — minutenlang —, wie entzoben alles Irdischen. Dieter mochte sie nicht zu stören. Auch ihn war festerlich zu Hause.

Schöne mochte sie seine die Hand der Geliebten zu drücken. Mit fanatischem Drang ergriff er die Hand der Geliebten, um sie festzuhalten langsam ermahnen, und innerlich gebeten verließen beide die heilige Stätte.

Der Sonnenjahn, das stutende Alltagsleben da draußen war ein zu jäher Sturz aus lichter Höhe in das irdische Getriebe, daß Ell für einen Moment die Augen schließen mußte, um sich zu sammeln.

„Nun war's aber höchste Zeit. Don fern winkte das Denkmal Leonardo da Vincis, im Galopp saufte das Gefährt die geliebendurchstürzte Straße dahin, ein Dosten zum Bahnhof, zum Bahnhof.“

Aber zu welchem? Solche Bahnhöfe waren vorhanden. Aber, dort: Genoa stand da in großen Buchstaben. Fliegenden Stems langte das Ehepaar an. Gott sei Dank, der Zug stand noch.

Noch eine Minute! Doch plötzlich hörte Dieter Fuß. Das konnte doch unmöglich der Zugzug sein. Nein! Da stand auch als Abfahrtszeit 3.24 in großen Lettern.

Ein Bahnbeamter erschien. Dieter rebete ihn auf deutsch an. Er jubelte die Achseln.

Er raderte sich französisch, bis Ell einhakt und in vollendetem Französisch nach dem Bahnsteig fragte, auf dem der Zugzug zum Genna fuhr.

Er jubelte die Achseln. Da riß Dieter die Gebuld. Er fluchte fürchterlich, was ihm wieder einen lebenden Blick von Ell eintrug. Dann raste das Paar auf den nächsten Bahnsteig.

Dasselbe Schauspiel. Niemand verstand sie. Dieter ärgerte. Jetzt war's 12.47. Der Zug war sicher weg. Zugzüge waren stets pünktlich.

Auf dem nächsten Bahnsteig traf das atomlose Paar einen Beamten, der etwas Französisch verstand und erriet, was sie wollten.

„Ah, Celestino!“ rief er und deutete auf Bahnsteig 6. Die beiden flogen die Treppe hinunter und jagten die dämmerige Unterführung entlang.

Bahnsteig 6? Der führte ja auf die Straße hinaus. Das konnte doch nicht stimmen. Auf diesem Geleise fuhr doch der Zugzug nicht ein. Außerdem war der Bahnsteig vollkommen leer. Kein Mensch war auf dem Perron sichtbar. Da mußten sie oder der Beamte sich entscheiden in der Nummer geirrt haben.

Also schämte sich zurück! Ell konnte schon nicht mehr folgen. Dieter schaute mit Alerbild nach dem Beamten. Er war nicht zu finden.

Erwähnt tauchte auf dem Nebenperron ein Eisenbahnbeamter auf. Dieter lief wie ein geheimes Wild vom Bahnsteig zur Unterführung, durch sie hindurch zum Hauptbahnhof.

„Ge-!-ra-!-to!“ kam es aus heulender Kehle. Der Beamte begriff. Sein Arm zeigte auf Bahnsteig 6. Also doch!

Jetzt war's 1 Uhr. Ell wollte das vergebliche Rennen aufgeben. Aber Dieter hatte noch Hoffnung. Und richtig, kaum war das Paar auf dem Perron angelangt, so saufte der Zugzug mit sechzehn Minuten Verspätung auf das knisternde, glühende Geleis.

Einleinen und Abfahren war eins. (Fortsetzung folgt.)

